

GR Mag. Martin TITZ

18.11.2010

A N F R A G E

Betrifft: Benennung eines frequentierten Ortes in der Grazer Innenstadt nach dem steirischen Erzherzog Karl II. von Innerösterreich

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Die politische Bedeutung von Karl II. wurde in Graz zumindest topographisch bisher völlig ignoriert.

Die Zeit als er und sein Sohn Ferdinand II in der Grazer Burg residierten, stellt für Graz die wichtigste Epoche seiner Geschichte dar.

Es waren 55 Jahre, in denen die Stadt ihre bauliche Struktur maßgeblich erhielt.

Graz war damals das Zentrum der Gegenreformation: Die Universität wurde gegründet, das Landhaus errichtet und die heutige Altstadt ausgebaut und im Osten erweitert.

Es entstanden Palais und Bürgerhäuser, die noch immer Graz zur Zierde und Ansehen gereichen.

Die Jesuiten brachten neben ihrer religiösen Tätigkeit auch internationale Gelehrsamkeit und Kultur in die Stadt.

Graz war damals ein Zentrum der internationalen Politik. Es würde der Ehrung seiner Person gerecht, Karl II. eine Straße oder einen Platz namentlich zu widmen.

Kein Grazer denkt beim Stichwort „Karlau“ an den Erzherzog, der Name ist nun inhaltlich anders besetzt.

Insbesondere jener Platz, der nun inoffiziell als „Pfauengarten“ bezeichnet wird (ein Name der keine historische Tradition besitzt) würde sich für eine Namensgebung in „Karlsplatz“ anbieten.

Der Platz ist separiert vom benachbarten Karmeliterplatz nahe Karls ehemaliger Residenz und wird durch die von ihm errichtete Stadtmauer begrenzt.

Künftige Bauten hätten dort eine renomable Adresse.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des ÖVP – Gemeinderatsclubs darf ich die

A n f r a g e

stellen, ob Du bereit wärst, dieser für die Stadtgeschichte so eminent wichtigen Persönlichkeit durch die Benennung eines Ortes in der Grazer Innenstadt zu gedenken.



Betrifft: Fertigstellung Bad Eggenberg

Gemeinderatsklub SPÖ Graz

A - 8010 Graz-Rathaus
Telefon: (0316) 872-2120
Fax: (0316) 872-2129
email: spoe.klub@graz.at
www.graz.spoe.at/gemeinderatsklub

MÜNDLICHE ANFRAGE

gemäß § 16 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat
von Herrn Gemeinderat Wilhelm Kolar
an Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 18. November 2010

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Ursprünglich war davon ausgegangen worden, dass das Bad Eggenberg noch in diesem Jahr den Grazerinnen und Grazern zur Verfügung stehen wird – ab Oktober, so der ursprüngliche Zeitplan, hätte das Hallenbad in Betrieb sein sollen. Nachdem bereits einmal der Eröffnungstermin auf Jahresende rückverlegt wurde, scheinen nun weitere Verzögerungen aufzutreten: Denn laut Medienberichten ist auch zu Jahreswechsel nicht damit zu rechnen, dass das Bad Eggenberg seine Pforten öffnet – angeblich muss dann noch eine mehrere Wochen dauernde Testphase durchgeführt werden.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister,

die Anfrage,

ab wann nun tatsächlich das Bad Eggenberg den Grazerinnen und Grazern zur Verfügung stehen wird, nachdem der ursprünglich avisierte Eröffnungstermin im Oktober bereits auf Jahreswechsel verschoben wurde und nunmehr angeblich zusätzlich ein mehrwöchiger Testlauf vor der Eröffnung eingeschoben werden muss?



Betrifft: Feinstaubticket/Fairere und
gerechtere Vergabe

Gemeinderatsklub SPÖ Graz

A - 8010 Graz-Rathaus

Telefon: (0316) 872-2120

Fax: (0316) 872-2129

email: spoe.klub@graz.at

www.graz.spoe.at/gemeinderatsklub

MÜNDLICHE ANFRAGE

gemäß § 16 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat
von Herrn Gemeinderat Wilhelm Kolar
an Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 18. November 2010

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Zwar wurde das sogenannte Feinstaubticket zumindest von Teilen der Regierungsfractionen als grandioses Projekt gefeiert, in der Bevölkerung mehrte sich aber die Kritik an dieser Aktion. Denn ganz abgesehen vom Ärger jener StammkundInnen, die sich gefroren fühlen, weil sie nicht in den Genuss einer ermäßigten Halbjahreskarte kommen können und abgesehen vom Chaos am Ausgabetag ist auch die Art und Weise der Vergabe kritisch zu hinterfragen. Das Motto „Wer zuerst kommt, mahlt zuerst“, ist zwar aufmerksamkeitserregend und sorgt für Schlagzeilen – es ist aber alles andere als fair und gerecht. Denn nur die wenigsten ArbeitnehmerInnen haben die Chance, sich an einem Arbeitstag stundenlang anzustellen oder das Internet zu nutzen: Für PflegehelferInnen, für VerkäuferInnen, für FließbandarbeiterInnen, um nur ein paar Beispiele zu nennen, war somit das Feinstaubticket unerreichbar. Da wäre sogar ein Verlosen noch besser gewesen.

Und noch etwas zeigt diese Aktion: Wenn sich Tausende an diesem einen Tag um Tickets anstellen, dann bedeutet das wohl, dass aus dem Empfinden der Menschen heraus die Normaltickets, was den Preis betrifft, nicht attraktiv genug sind, um auf den ÖV umzusteigen.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister,

die Anfrage,

ob du bereit bist, im Falle einer Wiederholung der Aktion „Frischluffticket“ insofern eine Evaluierung durchführen zu lassen, dass eine fairere und gerechtere Vergabe dieser Tickets erfolgt und Berufsgruppen, die weder in der Dienstzeit Zugang zu Internet haben, noch sich stundenlang während der Arbeitszeit um Tickets anstellen können, eine echte Chance auf ein derartiges Feinstaubticket haben.

Betr.: Volkstheater/Nutzung der
Räumlichkeiten für Schulzwecke



Gemeinderatsklub SPÖ Graz

A - 8010 Graz-Rathaus
Telefon: (0316) 872-2120
Fax: (0316) 872-2129
email: spoe.klub@graz.at
www.graz.spoe.at/gemeinderatsklub

MÜNDLICHE ANFRAGE

gemäß § 16 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat
von Gemeinderätin Edeltraud Meißlitzer
an Bürgermeister Mag. Siegfried NAGL
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 18. November 2010

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Im großen Fröbel-Komplex sind neben dem Volkstheater die Volksschule Hirten, die NMS Fröbel, eine Zweigstelle der Ellen Key Schule und ein Schülerhort mit drei Gruppen untergebracht. Entsprechend beengt ist das Raumangebot für die Schulen. Und das, obwohl ausreichend Platz ein entscheidender Faktor für einen modernen Unterricht ist. Nicht umsonst spricht Maria Montessori davon, dass der Raum der dritte Pädagoge sei.

Dabei könnten die Raumprobleme im Fröbel-Komplex relativ einfach auch kurzfristig gelöst werden – indem nämlich die Räumlichkeiten des Volkstheaters für schulische Zwecke genutzt werden könnten. Etwa für

- Nachmittagsbetreuung
- gemeinsame Veranstaltungen der VS und NMS
- Veranstaltungen, wie die NMS Veranstaltung - "Meine eine Welt" wären problemlos durchführbar
- zusätzliche Klassenräume (Mehrstufenmodell an der VS und NMS)
- Umsetzung der Wahlpflichtfächer (Platzproblem)
- Gruppenräume - IKL in Kleingruppen - Deutschkurs
- Schulveranstaltungen (Schultheater - musikalisches Gestalten - Instrumentalmusik) - Partnerschulen
- Ausweichräume
- Elterncafe - Spielenachmittag - Lesenachmittage mit Eltern
- Externistenprüfungen

Bereits im April dieses Jahres waren Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, vor Ort, um sich über die Situation und die Möglichkeiten ein Bild zu machen, seit damals warten die Betroffenen auf Informationen, ob und inwieweit Ihre Überlegungen betreffend die Nutzung des Volkstheaters umgesetzt werden können.

Namens der SPÖ Gemeinderatsfraktion stelle ich daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister,

die Anfrage,

ob Sie bereit sind, ein Gespräch mit allen Beteiligten und Betroffenen zu initiieren, um dem Wunsch der im Fröbel-Komplex angesiedelten Schulen nachzukommen, das überaus beengte Raumangebot, unter dem die VS Hirten, die NMS Fröbel, die Zweigstelle der Ellen Key Schule und der dreigruppige Schülerhort leiden, durch die Nutzung der Räumlichkeiten des Volkstheaters für schulische Zwecke zu verbessern.



Betr.: Maßnahmen zur Erhaltung der außer universitären Forschung und von Arbeitsplätzen in Graz

Gemeinderatsklub SPÖ Graz

A - 8010 Graz-Rathaus
Telefon: (0316) 872-2120
Fax: (0316) 872-2129
email: spoe.klub@graz.at
www.graz.spoe.at/gemeinderatsklub

MÜNDLICHE ANFRAGE

gemäß § 16 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat
von Frau Gemeinderätin Mag. Dr. Karin Sprachmann
an Herrn Bürgermeister Mag. Siegfried NAGL
in der Sitzung des Gemeinderates am 18. November 2010

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Im Rahmen der letzten Regierungsklausur wurde in Loipersdorf ein Budgetentwurf erstellt, der die gesamte Finanzierung der freien Wissenschaft und Forschung in Österreich und damit auch in Graz eliminiert.

Sämtlichen Institutionen und Einrichtungen der extra – universitären Wissenschaft wird die Existenzgrundlage entzogen und damit ein großer Teil der künftigen Forschung in Österreich und Graz lahmgelegt.

Man spricht sowohl in Österreich als auch in den deutschen Medien von einer „Auslöschung des geistigen Potentials Österreichs“.

Unterschriftenaktionen gegen diesen Kahlschlag in der Wissenschaft wurden gestartet.

Forschung ist die Basis des Potentials einer Gesellschaft , die den Wissensvorsprung und die Wettbewerbsfähigkeit am internationalen Markt gewährleistet. Gibt es sie und diesen Wettbewerbsvorteil nicht, so leiden nicht nur Industrie und Arbeitsmarkt, sondern auch unsere Zukunft.

Aus all diesen Gründen ist es daher notwendig, den Bereich der außeruniversitären Forschung aus Budgetmittel zu finanzieren.

Daher stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister,

die Anfrage:

Werden Sie als Bürgermeister der unmittelbar betroffenen Forschungsstadt Graz Gespräche mit der zuständigen Wissenschaftsministerin betreffend der Weiterfinan-

zierung im Bereich der freien Wissenschaft führen und Maßnahmen setzen um der Eliminierung der außeruniversitären Forschung entgegenzutreten, sowie dem damit verbundenen Verlust von bestehenden und künftigen Arbeitsplätzen in Graz?



Betr.: Räumlichkeiten für
Sprechstunden der
Bezirksvertretungen

Gemeinderatsklub SPÖ Graz

A - 8010 Graz-Rathaus
Telefon: (0316) 872-2120
Fax: (0316) 872-2129
email: spoe.klub@graz.at
www.graz.spoe.at/gemeinderatsklub

MÜNDLICHE ANFRAGE

gemäß § 16 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat
von Frau Gemeinderätin Dagmar Krampfl
an Bürgermeister Mag. Siegfried NAGL
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 18. November 2010

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Durch die Schließung von Bezirksämtern stehen nunmehr in den betroffenen Bezirken den BezirksvorsteherInnen und StellvertreterInnen für Sprechstunden der keine öffentlichen Räumlichkeiten mehr zur Verfügung; Hinterzimmer von Gaststätten können jedenfalls nicht als geeignete Alternativen angesehen werden.

Daher stelle ich namens des SPÖ-Gemeinderatsklubs

die Anfrage,

ob Sie bereit sind, in diesen Bezirken, die über keine Bezirksämter mehr verfügen, den BezirksvorsteherInnen bzw. StellvertreterInnen für Sprechstunden entsprechende Räume in städtischen Objekten zur Verfügung zu stellen.



Betr.: Ersatzorte für
Problemstoff-Sammelstellen

Gemeinderatsklub SPÖ Graz

A - 8010 Graz-Rathaus
Telefon: (0316) 872-2120
Fax: (0316) 872-2129
email: spoe.klub@graz.at
www.graz.spoe.at/gemeinderatsklub

MÜNDLICHE ANFRAGE

gemäß § 16 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat
von Gemeinderat Mag. Gerald Haßler
an Bürgermeister Mag. Siegfried NAGL
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 18. November 2010

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Mit der Schließung von Bezirksämtern ist leider davon auszugehen, dass die betroffenen Bezirke damit in weiterer Folge auch nicht mehr über dort angesiedelten Problemstoff-Sammelstellen verfügen werden.

Namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs stelle ich daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister,

die Anfrage,

ob Sie bereit sind, sicherzustellen, dass auch in jenen Bezirke, in denen es keine Bezirksämter mehr gibt, der Bezirksbevölkerung weiterhin Problemstoff-Sammelstellen zur Verfügung stehen werden.

Die Grünen – Alternative Liste Graz
Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus

Telefon 0316 / 872-2163
Telefax 0316 / 872-2169
gruene.klub@stadt.graz.at
www.graz.gruene.at

Anfrage an Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl

eingebraucht in der Gemeinderatssitzung am 18.11.2010

von

GRⁱⁿ Sigrid Binder

Betrifft: Neugestaltung des Hearings bei SchulleiterInnenbesetzung

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

Hearings sind ein durchaus taugliches Instrument, um bei der Besetzung von Führungspositionen eine gut argumentierbare Grundlage zu erhalten. Sie gewähren in der Regel Einblicke in Vorhaben und Konzepte der BewerberInnen. Im Pflichtschulbereich haben sich Hearings zur Bestellung von LeiterInnen etabliert und stellen einen wichtigen Bestandteil des gesamten Auswahlverfahrens dar.

Der Ablauf eines Hearings wurde vor einigen Jahren verändert und läuft in Graz so ab, dass die BewerberInnen für eine Schulleitung ca. 10 Tage vor dem Hearing auf die jeweilige Schule bezogen ausgearbeitete Fragen erhalten, auf die sie sich vorbereiten können. Nach der Präsentation der Antworten vor dem Kollegium des Bezirksschulrates sind nur mehr Verständnisfragen zulässig.

Diese Situation wird als unbefriedigend erlebt, da die Mitglieder des Bezirksschulrates keine Möglichkeit haben, den BewerberInnen inhaltliche Fragen zu stellen, die für eine verantwortungsvolle Entscheidungsfindung zusätzliche Informationen bieten würden. Außerdem ist den BewerberInnen für eine Schulleitung durchaus zumutbar, sich in einem gesteuerten Dialog zu präsentieren.

Für eine Neugestaltung des Hearings ist das Kollegium des Bezirksschulrates zuständig. Da Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, der Vorsitzende des BSR sind, stelle ich namens meiner Fraktion folgende

Anfrage

Sind Sie bereit, im Sinne des Motivenberichtes das Stadtschulamt zu beauftragen, eine Neugestaltung des Hearings für die Bestellung von SchulleiterInnen auszuarbeiten und dem Kollegium des Bezirksschulrates zur Diskussion und Beschlussfassung vorzulegen?

KPÖ – Gemeinderatsklub

KPÖ – Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114 – 118
Tel: 0316 / 872 2151
0316 / 872 2152
0316 / 872 2153
Fax: 0316 / 872 2159

Email: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderätin Gertrude Schloffer

Donnerstag, 18. November 2010

ANFRAGE

an Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl

Betr.: Postbriefkasten in der Triestersiedlung

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Am 24. Juni dieses Jahres stellte ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, eine Anfrage, in der ich auf die Problematik des fehlenden Postbriefkastens in der Triestersiedlung einging und Sie ersuchte, in Gesprächen mit der zuständigen Stelle der Post eine Wiederanbringung dieses Postkastens zu fordern.

Inzwischen zeigen auch Medienberichte, dass dieses Problem viele Menschen betrifft und aufregt. Neben der Trafik Ecke Triesterstraße/Auf der Tändelwiese ist noch immer die Halterung eines ehemals montierten Briefkastens vorhanden. Genau dort sollte dringend wieder einer angebracht werden.

Jetzt ist für mich der Zeitpunkt gekommen, dass ich schon sehr neugierig darauf bin, wie das Ergebnis des Gespräches mit der Post ausgefallen ist.

Ich richte deshalb an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

Anfrage:

Wie lautet das Gesprächsergebnis mit der Post in der Angelegenheit Postbriefkasten Triestersiedlung?

KPÖ – Gemeinderatsklub

KPÖ – Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114 – 118
Tel: 0316 / 872 2151
0316 / 872 2152
0316 / 872 2153
Fax: 0316 / 872 2159

Email: kpoe.klub@stadt.graz.at

Klubobfrau Ingeborg Bergmann

18. 11. 2010

Anfrage

an Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl

Betrifft: Massive nächtliche Ruhestörungen und Vandalismus in St. Leonhard

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Aufgrund der letzten „Aktion scharf“ seitens der Polizei wurde die Situation in der Elisabethstraße – zumindest vorübergehend – etwas beruhigt. Leider hat sich das oben genannte Problem laut Anrainerberichten bei der letzten Bezirksversammlung in St. Leonhard in die umliegenden Straßenzüge, vor allem Beethovenstraße, Leonhardstraße und Merangasse, verlagert.

Aufgrund langer Lokalöffnungszeiten – zum Teil bis sechs Uhr morgens - sind die Bewohner und Bewohnerinnen massiven nächtlichen Lärmbelästigungen ausgesetzt. Hinzu kommen Verschmutzungen von Gehwegen und Hauseingängen durch Glasscherben und Exkrememente sowie Vandalismus. Die Situation ähnelt sehr den bisherigen Gegebenheiten in der Elisabethstraße, und die Bewohnerinnen und Bewohner fordern daher eine Ausweitung der Polizeipräsenz in den Bereich zwischen Elisabethstraße und Leonhardstraße.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs stelle ich daher an Sie folgende

Anfrage:

Sind Sie bereit, sich der Probleme der Bürgerinnen und Bürger in den obengenannten Straßenzügen im Bezirk Leonhard anzunehmen und dort für mehr Polizeipräsenz in den Nachtstunden zu sorgen?

KPÖ – Gemeinderatsklub

KPÖ – Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114 – 118
Tel: 0316 / 872 2151
Fax: 0316 / 872 2159
Email: kpoe.klub@stadt.graz.at

Graz, am 18. November 2010

KPÖ-Gemeinderätin Mag.^a Ulrike Taberhofer

Anfrage an den Bürgermeister

Betrifft: Nachbesetzung der Stelle der Frauenreferentin der Stadt Graz

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Das Frauenreferat der Stadt Graz ist als Servicestelle für Frauen eine wichtige Einrichtung und leistet wertvolle Arbeit im Sinne der Gleichberechtigung von Frauen und Männern. Auch wenn die Mitarbeiterinnen des Frauenreferats die anfallenden Aufgaben sehr gut erfüllen, ist es dringend erforderlich, die Stelle der Frauenreferentin nachzubesetzen.

Namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs stelle ich daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

Anfrage:

Sind Sie bereit, sich dafür einzusetzen, dass die Stelle der Frauenreferentin der Stadt Graz so rasch als möglich ausgeschrieben und nachbesetzt wird?

KPÖ – Gemeinderatsklub

KPÖ – Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114 – 118
Tel: 0316 / 872 2151
0316 / 872 2152
0316 / 872 2153
Fax: 0316 / 872 2159
Email: kpoe.klub@stadt.graz.at

Mittwoch, 12. November 2008

Gemeinderat Manfred Eber

ANFRAGE

Betrifft: **Druckknopfampel Karlsruher Gürtel/Möbelhaus Lutz**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Wiederholt beschweren sich Grazerinnen und Grazer über überlange Wartezeiten bei der Druckknopfampel am Karlsruher Gürtel. Ein Lokalaugenschein bestätigte die Kritik: Die Wartezeiten für die Fußgänger sind außerordentlich lang, was dazu führt, dass zahlreiche PassantInnen die Straße bei „rot“ überqueren. Dies ist sicherlich nicht im Sinne der Verkehrssicherheit und der Bevorzugung der FußgängerInnen.

Namens des Gemeinderatsklubs der KPÖ stelle ich daher folgende

Anfrage:

Sind Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, bereit, sich dieser Sache anzunehmen und gemeinsam mit den zuständigen Abteilungen der Stadt Graz eine Verbesserung der Situation herbeizuführen?

Anfrage an den Bürgermeister, eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom 18.11. 2010 von **Gemeinderat Mag. Harald Korschelt**

Herrn
Bürgermeister
Mag. Siegfried Nagl
Rathaus
8011 Graz

Betreff: Universitätsviertel, Sperrstundenregelung
Anfrage a. d. Bürgermeister

Graz, am 18.11.2010

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Das aktuelle Erscheinungsbild des Grazer Universitätsviertels in den späten Nacht- bzw. frühen Morgenstunden legt schonungslos die politischen Fehler der Vergangenheit offen.

Leider sind nun aber zahlreiche Anrainer, die teilweise am Ende ihrer nervlichen Belastungsfähigkeit angekommen sind, die Hauptleidtragenden dieser Fehlentwicklungen, die hauptsächlich aus politischer Sorglosigkeit resultieren.

Um aber künftig Nutzungskonflikte zu verhindern, um die Straf-, Aufsichts- und Kontrollbehörden zu entlasten und um den betroffenen Bewohnern sowie den Gastronomiebetreibern von Beginn an Rechtssicherheit und zumutbare Wirtschafts- und Wohnverhältnisse zu garantieren, erscheint es sinnvoll, den Kompetenz- und Regelungsbereich, eine Sperrstunde nach 02:00 Uhr und eine Aufsperrstunde vor 6:00 Uhr festzulegen, den Gemeinden zuzuweisen. Da aber eine Kompetenzabgabe des Landes an eine Gemeinde landesverfassungsrechtlich nicht vorgesehen ist, scheint dies rechtlich unmöglich zu sein.

Anders liegt die Rechtslage bei der Gastgarten-Sperrzeitenregelung gem. § 76 a (neu) GewO. Hier hat der Bundesgesetzgeber die Bürgermeister ermächtigt durch Verordnungen die Sperrzeiten zu regeln. Natürlich ließe sich analog anregen, ein solches Regulierungselement auch für alle übrigen 'Lokale' vom Land zu derogieren. Allerdings kann dies der Landeshauptmann oder der Landesgesetzgeber nicht, weil es sich im konkreten Fall um eine Bundeskompetenz handelt.

Da aber der aktuelle rechtliche Besitzstand ständigen Evaluierungen und Anpassungen zu unterziehen ist, wobei die kommunalen Vertretungskörperschaften durchaus impulsgebend wirken können, richte ich an Dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, nachstehende

Anfrage:

Bist Du bereit, in den zuständigen Beratungsgremien des Städte- und Gemeindebundes gegenständliche Problemstellung vorzutragen und im Sinne des Motivenberichtes nachhaltig auf die Notwendigkeit einer Kompetenzverschiebung zugunsten der Gemeinden hinzuweisen?

Gemeinderat
Mag. Harald Korschelt

Anfrage an den Bürgermeister, eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom
18.11. 2010 von Gemeinderat **Mag. Harald Korschelt**

Herrn
Bürgermeister
Mag. Siegfried Nagl
Rathaus
8011 Graz

Betreff: Wenig kundenfreundliche Bedienungsmodalitäten der GVB
Fahrscheinautomaten
Anfrage an den Bürgermeister

Graz, am 18.11.2010

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Aus bekannten Umständen bin ich seit einiger Zeit gezwungen in verstärktem Maße die Dienstleistungen der Grazer Verkehrsbetriebe in Anspruch zu nehmen. Leider musste ich im Zuge dessen wiederholt feststellen, dass die neuen Fahrscheinautomaten sehr störungsanfällig sind und im Wesentlichen zwei Negativschwerpunkte aufweisen.

Zum einen sind sie vor allem für ältere Menschen äußerst kompliziert zu bedienen und zum anderen fallen sie mit auffallender Häufigkeit aus. So ist es mir beispielsweise auf der Strecke vom Jakominiplatz bis zur Arbeiterkammer – trotz redlicher Absicht und trotz nachhaltigen Bemühens – während der gesamten Fahrtdauer nicht gelungen, einen gültigen Fahrschein zu lösen. Ich stelle daher an Dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

Anfrage:

Bist Du bereit, mit den zuständigen Personen der Grazer Verkehrsbetriebe ein eindringliches Gespräch zu führen, um in dessen Rahmen auf die komplizierten Bedienungsmodalitäten der Fahrscheinautomaten sowie auf die Notwendigkeit einer diesbezüglichen Datenevaluierung hinzuweisen? Ziel dieses Gespräches sollte es sein, die Entscheidungsträger der Grazer Verkehrsbetriebe dazu zu bewegen, den Einsatz dieser Automaten kritisch zu hinterfragen.

Anfrage an Herrn Bürgermeister Mag. Nagl, eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom 18.11.2010 von Gemeinderat Christoph Hötzl.

Herrn
Bürgermeister
Mag. Siegfried Nagl
Rathaus
8011 Graz

Graz, 18.11.2010

Betreff: Nebenkosten der Straßenrenovierung St.- Peter - Hauptstraße
Anfrage an den Bürgermeister

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Im Zuge der Renovierungsarbeiten rund um die St.-Peter-Hauptstraße erwachsen der Stadt Graz auch Kosten, die im Zusammenhang mit PR- und Informationsmanagement entstanden sind.

Nun hat es sich aber zugetragen, dass zahlreiche betroffene Anrainer angeben, nicht entsprechend über die tatsächliche Dimension des Bauvorhabens informiert worden zu sein. Da es natürlich zweckmäßig ist, den getätigten finanziellen Aufwand in ein konkretes Verhältnis zu den erzielten Erfolgen zu setzen, richte ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, nachstehende

Anfrage
gem. § 16 GO
der Landeshauptstadt Graz:

Wie hoch waren die Kosten, die der Stadt Graz im Sinne des Motivenberichtes im Zuge der Umbau- und Sanierungsarbeiten der St.-Peter- Hauptstraße erwachsen sind?

eingbracht am: 18.11.2010



ANFRAGE

gemäß § 16 der Geschäftsordnung

der Gemeinderäte Georg Schröck und Brigitte Fischer
an den Bürgermeister der Stadt Graz Mag. Siegfried Nagl
betreffend der Erfüllung des Behinderteneinstellungsgesetzes 2009 im Bereich der Graz AG

Das Behinderteneinstellungsgesetz sieht u.a. vor, dass alle Dienstgeber, die 25 oder mehr Dienstnehmer beschäftigen, verpflichtet sind, auf je 25 Dienstnehmer (Beschäftigungsschlüssel) mindestens eine begünstigte behinderte Person einzustellen.

Gerade die öffentlichen Dienststellen gehen jedoch - zum großen Ärger der davon betroffenen behinderten Menschen - trotz ihrer zweifelsohne vorhandenen Vorbildwirkung nicht mit gutem Beispiel voran, sondern kommen zumeist in erschreckend hohem Ausmaß ihrer gesetzlich vorgeschriebenen Einstellungspflicht nicht nach. Dies ist auch eine der Hauptursachen für die hohe Arbeitslosenrate von behinderten Menschen, welche bereits mehr als 35 % erreicht hat. Die Grazer Stadtverwaltung erfüllt diese Behinderteneinstellungsverpflichtung. Die städtischen Unternehmen wie die Graz AG hingegen nicht!

In diesem Zusammenhang stellt der unterfertigte Gemeinderat der Stadt Graz an den Bürgermeister der Stadt Graz folgende

ANFRAGE

In welcher Höhe wurde mit Stichtag 31.12.2009 die Einstellungspflicht gemäß Behinderteneinstellungsgesetz im Bereich der gesamten Graz AG (samt Tochterunternehmen und Unternehmen mit Mehrheitsbeteiligung durch die Graz AG oder die Stadt Graz) erfüllt?

www.bzoe-graz.at

eingbracht am: 18.11.2010



ANFRAGE

gemäß § 16 der Geschäftsordnung

der Gemeinderäte Georg Schröck und Brigitte Fischer
an den Bürgermeister der Stadt Graz

betreffend die Gesamtkosten der Inserate der Stadt Graz im Jahr 2010

Angesichts des horrenden Schuldenstandes der Stadt Graz sind Selbstbeweihräucherungen mittels PR-Inseraten der Stadt vollkommen unangebracht und entsprechen auch nicht den Grundsätzen der Sparsamkeit.

In diesem Zusammenhang stellen die unterfertigten Gemeinderäte der Stadt Graz an den Bürgermeister der Stadt Graz folgende

ANFRAGE

1. Welche Informationsaktivitäten in Printmedien und audiovisuellen Medien wurden von der Stadt Graz, Ihnen, den Mitgliedern der Stadtregierung und sämtlichen Dienststellen in der Zeit zwischen 01.01.2010 bis einschließlich 31.10.2010 aufgegliedert nach Medium, Informationszweck, Informationsart, Kosten (inklusive Steuern und Abgaben), Rechtsgrundlage und amtsinternen Auftraggeber gesetzt?
2. Welche Druckkostenbeiträge haben Sie, die Mitglieder der Stadtregierung und die Dienststellen die Stadt Graz in der Zeit zwischen 1.1.2010 bis 31.10.2010 aufgegliedert nach Medium, Zweck, Art, Rechtsgrundlage, Kosten (inklusive Steuern und Abgaben und amtsinternen Auftraggeber gesetzt?
3. Wer, welcher Mitarbeiter, welche Dienststelle waren innerhalb der Stadt Graz im Jahr 2010 für die Anordnung, Bestellung und Abwicklung von Informationsaktivitäten in Printmedien und audiovisuellen Medien, Druckkostenbeiträge und die Erstellung von allfälligen Inseratensujets, PR-Texten verantwortlich?
4. Welche Aktivitäten planen sie noch im Jahr 2010 bzw. im Jahr 2011?

www.bzoe-graz.at

ANFRAGE

gemäß § 16 der Geschäftsordnung

der Gemeinderäte Georg Schröck und Brigitte Fischer
an den Bürgermeister der Stadt Graz
betreffend die Aufträge der Stadt Graz für externe Berater

Es ist zum allgemeinen Leidwesen bekannt, dass öffentliche Institutionen für verschiedenste Projekte externe Berater auf Steuerzahlerkosten heranziehen. Angesichts der Tatsache, dass die Stadt Graz auf ein hervorragendes Potential von Expertinnen und Experten in allen Bereich der Stadtverwaltung zurückgreifen kann, ist das Heranziehen externer Berater eine reine Steuergeldverschwendung.

Obwohl in allen Amtsbereichen der Stadt fachlich hochqualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Aufgaben jeglicher Bereiche zur Verfügung stehen, ist nicht auszuschließen, dass die Stadtregierung externen Unternehmungen Berateraufträge zukommen hat lassen.

In diesem Zusammenhang stellen die unterfertigten Gemeinderäte der Stadt Graz an den Bürgermeister der Stadt Graz folgende

Anfrage:

1. Von welchen externen Beratern (Einzelpersonen, Kapitalgesellschaften, Personengesellschaften, Agenturen etc.) wurden Sie, Ihr Bürgermeisteramt, die Mitglieder der Stadtregierung, die Stadt Graz und alle Dienststellen vom 01.01.2009 bis 31.10.2010 beraten, welche Expertisen wurden in dem genannten Zeitraum in Auftrag gegeben bzw. welche einschlägigen Dienstleistungsverträge wurden in Auftrag gegeben?
2. Aus welchem Grund wurden in dem unter Frage 1 genannten Zeitraum externe Beratungen hinzugezogen, wurden Expertisen bzw. wurden Dienstleistungsverträge in Auftrag gegeben?
3. Wer exakt gab den Auftrag für allfällige unter Frage 1 genannte externe Beratungen, Expertisen bzw. Dienstleistungsverträge?
4. Wie lautet die exakte Beauftragung (Vertrag) für die unter Frage 1 genannten Beratungen und allfälliger in Auftrag gegebener Expertisen und Dienstleistungsverträge?
5. Gab es innerhalb der Stadt Graz und seiner Dienststellen keine qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die dieselbe Beratungsleistung bzw. Expertise erbringen konnten, wie die in der Frage 1 genannten und beauftragten Berater, „Experten“ und Dienstleister? Wenn nein, warum nicht?
6. Wie hoch waren die für Ihre Stadt Graz zu tragenden Kosten für die unter Frage 1 genannten Beratungen und Expertisen (exakte Aufstellung)?

7. Erfolgten Ausschreibungen für die von der Stadt Graz von 01.01.2009 bis 31.10.2010 in Auftrag gegebenen Beratungen und Expertisen? Wenn nein, warum nicht?
8. Welchen exakten Inhalt hatten diese unter Frage 1 genannten Beratungen und Expertisen bzw. zu welchen Schlussfolgerungen und Empfehlungen kamen diese?
9. Mit welcher exakten budgetären Bedeckung wurden die in der Frage 1 genannten Beauftragungen jeweils abgerechnet?
10. Planen Sie, die Mitglieder der Stadtregierung sowie allfällige Dienststellen der Stadt Graz die Beauftragung von externen Beratern und Experten? Wenn ja, wann, wofür, welche und mit welchen zu erwartenden Kosten?